



Wahlprüfsteine der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e. V. – Antworten der ÖDP Bayern

1. **Gentechnikanbaufreies Bayern: Neue Gentechniken kennzeichnen, Vorsorgeprinzip anwenden!**

Die ÖDP fordert: Der Freistaat Bayern muss sich in seiner Verfassung als Standort der gentechnikfreien Landwirtschaft festlegen!

Das Anbauverbot für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ist seit dem ÖDP-Volksbegehren zur Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ in Bayern endlich auch gesetzlich verankert. Doch das reicht nicht. Angesichts der absolut unkalkulierbaren Risiken für Mensch und Umwelt muss das durch eine klare Verfassungsaussage festgeschrieben werden, die auch für CRISPR/Cas und weitere neue biotechnische Methoden gilt. Das Vorsorgeprinzip und der Schutz unserer Landwirtschaft vor Abhängigkeiten von Konzernen und deren Lizenzforderungen müssen oberste Priorität haben. Eine klare und verständliche Kennzeichnungspflicht für sämtliche Produkte, die mit oder durch GVO erzeugt wurden, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

2. **Gemeinschaftsverpflegung: Mit bioregionalen Lebensmitteln in Kantinen und Mensen den Markt nach vorne bringen!**

Die ÖDP fordert: Volksbegehrensziele konsequent umsetzen – Schluss mit dem ministerialen Verwirrspiel bei „bio“ und/oder „regional“!

Das erfolgreichste Volksbegehren in der bayerischen Geschichte hat klare Vorgaben gemacht: 30 Prozent Ökolandbau bis 2030! Dieses Ziel muss ernsthaft und mit Nachdruck von der Politik verfolgt werden. Es ist gesetzlicher Auftrag, und die ökologische Landwirtschaft ist der Schlüssel für mehr Leben, für mehr Biodiversität auf unseren Wiesen und Äckern. Hierzu braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung und eine Ausweitung des staatlichen Beratungsangebots, v. a. in den Bereichen Vermarktung, Marketing und Verarbeitung im Rahmen des Programms BioRegio 2030. Zusätzlich ist eine Prämie und mehr Unterstützung für Betriebe des Lebensmittelhandwerks, die auf biologische Produktion umstellen wollen, nötig. Zur Erreichung des 30 %-Ziels sind staatliche und kommunale Pachtflächen bevorzugt an Biobetriebe zu vergeben. Der Lebensmitteleinkauf aller öffentlichen Einrichtungen ist umzustellen auf mindestens 30 % aus regionaler Ökolandwirtschaft plus 30 % aus regionaler konventioneller Landwirtschaft. Dafür braucht es verbindliche Vorgaben aus der Politik. Das Landwirtschaftsministerium muss endlich das Verwirrspiel in Sachen „bio“ und „regional“ beim öffentlichen Lebensmitteleinkauf beenden. Das gesetzliche Ziel heißt 30 %, also müssen auch 30 % Biolebensmittel eingekauft werden.

3. Förderung: GAP mit Blick auf Bio evaluieren, Öko-Almen und Öko-Imker unterstützen!

Die ÖDP fordert: Ökobetriebe jeder Art fördern – Leistungen für das Gemeinwohl anerkennen!

Die GAP hat auch für Biobetriebe harte Einschnitte gebracht, die angesichts der Leistungen der ökologischen Landwirtschaft für das Gemeinwohl absolut unverständlich sind. Der Ökolandbau leistet beispielsweise beim Trinkwasserschutz, beim Tierwohl, für den Klimaschutz, für den Erhalt der Artenvielfalt oder bei Humusaufbau und Hochwasserschutz großartige Dienste für die Allgemeinheit. Eine Evaluierung der GAP 2024 ist daher dringend geboten. Dass Bayern jetzt kürzlich die Förderung für Bio-Imkereien verbessert hat, ist gut, aber nicht ausreichend. Auch ökologisch bewirtschaftete Almen müssen besser in die Förderung kommen. Wo immer kontrolliert ökologisch gearbeitet wird, muss es Förderung geben.

4. Bildung: Ökolandbau verbindlich verankern und prüfen; Bildungsoffensive verstetigen!

Die ÖDP fordert: Die Grundlagen des ökologischen Landbaus und die Gründe für den dramatischen Artenschwund im Agrarland in allen grünen Berufen ins Pflichtprogramm!

Grundlagen des ökologischen Landbaus müssen als gleichberechtigte und prüfungsrelevante Ausbildungsinhalte neben den konventionellen Lehrinhalten vermittelt werden.

5. Forschung und Wissenstransfer: 30 % der Ressourcen für die Ökolandbau-Forschung!

Die ÖDP fordert: Mindestens 30 % der staatlichen Forschungsmittel für Themen des Ökolandbaus zur Verfügung stellen!

Das Staatsziel 30 % Ökolandbau bis 2030 muss sich durch alle Bereiche ziehen: bei Ausbildung, Lebensmitteleinkauf der öffentlichen Hand, Forschung und Lehre etc.

6. Ökomodellregionen: Projektmanagement verstetigen!

Die ÖDP fordert: Dauerhafte Management-Unterstützung aller Ökomodellregionen sichern – entsprechende Haushaltsmittel bereitstellen!

Die massive Ausweitung der Ökomodellregionen in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte aus dem Artenvielfalt-Volksbegehren „Rettet die Bienen!“. Die von der Staatsregierung geschaffenen Stellen für das Management und die praktische Unterstützung der Ökomodellregionen müssen finanziell dauerhaft gesichert werden. Im Landeshaushalt sind diese Stellen zukünftig als Planstellen zu führen.

7. Planungsziele: Ökolandbau im LEP und Regionalplänen verankern, Versiegelung verbindlich deckeln!

Die ÖDP fordert: 30 %-Ausbauziel für den Ökolandbau auch in den Entwicklungsplänen festschreiben – Flächenverbrauch mittelfristig auf Netto-Null!

„Das Landesentwicklungsprogramm Bayern (kurz: LEP) ist das fachübergreifende Zukunftskonzept der Bayerischen Staatsregierung für die räumliche Ordnung und Entwicklung Bayerns.“ So definiert die Staatsregierung selbst den Zweck dieses Programms. Folgerichtig und zwingend ist also, auch das

gesetzlich verankerte 30 %-Ausbauziel für den Ökolandbau dort und in den Regionalplänen festzuschreiben und bei den Planungen so zu einer festen und relevanten Größe zu machen.

Tragödien wie beispielsweise der Bau der A 94 oder der drohende Verlust von 150 Hektaren bester landwirtschaftlicher Fläche im Gäuboden durch den Bau eines BMW-Werks dürfen wir uns nicht mehr leisten. Alle Appelle und auf Freiwilligkeit setzenden Bündnisse der Staatsregierung für einen sorgsameren Umgang mit Fläche sind krachend gescheitert. Der Flächenverbrauch hat in den letzten zehn Jahren sogar noch zugenommen. Da offenbar nicht einmal Gunstlagen wie der Gäuboden sicher vor Bebauung sind, brauchen wir dringend die Ausweisung von Vorrangflächen für die Landwirtschaft in den Regionalplänen. Als ersten Schritt fordern wir, den Flächenverbrauch kurzfristig auf maximal fünf Hektar pro Tag zu begrenzen. Mittelfristig muss der Netto-Flächenverbrauch in Bayern aber komplett gestoppt werden, bevor unsere Heimat und unsere Lebensgrundlage vollständig unter Beton und Asphalt verschwunden ist.

8. Biotopverbund: Zügig ausbauen und Leistungen honorieren!

Die ÖDP fordert: Biotopverbund umsetzen – Artenvielfalt als Grundlage der Landwirtschaft erhalten!

Die Vorgaben des Artenvielfalt-Volksbegehrens sind ohne Wenn und Aber umzusetzen: Schaffung eines räumlich oder funktionalen Biotopverbunds auf mindestens 13 % des Offenlandes bis 2027. Dafür braucht es die Landwirtschaft als Kooperationspartner. Für die Bereitstellung und schonende Bewirtschaftung der notwendigen Flächen muss der Staat rechtssichere und angemessene Honorierung bereitstellen. Artenvielfalt zu erhalten bzw. wieder zuzulassen muss aber auf sämtlichen landwirtschaftlichen Flächen als neues „Ertragsziel“ anerkannt werden. Artenvielfalt ist Grundlage für nachhaltige Landwirtschaft.